



Wir saugen die Luft sauber

Von Mariana Friedrich

Zu viele Autos, zu viel CO₂, zu schlechte Luft: Dass wir Menschen mit unserer Lebensweise ein ganz schönes Problem für die Umwelt darstellen, wissen wir. Nicht umsonst ist das Thema Umweltschutz in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Die Luftverpestung soll reduziert und damit das Wachstum des Ozonloches eingedämmt werden, fordern nicht nur Greenpeace und Co.

Ein Niederländisches Unternehmen hat nun eine ganz andere Lösung präsentiert: Statt die mit Abgasen zugeballerte Luft hinzunehmen und auf bessere Zeiten zu hoffen, hat die Envivity Group ein System entwickelt, mit dem sie die Luft reinigen wollen. Der überdimensionale Filter saugt Luft aus einem 300-Meter-Umkreis an, befreit sie von Schadstoffen und pustet sie dann wieder aus. „The Future is clear“ steht auf dem XXL-Staubsauger.

Ob auch Fulda bald einen Luftsauger neben dem Dom platziert? Nachhaltiger wäre es, das Auto für kleine Strecken einfach stehenzulassen und mit dem Fahrrad zu fahren. Dabei sieht man auch mehr von der Umwelt, die wir doch schützen wollen.

Sind TTIP und Ceta Fluch oder Segen?

TTIP und Ceta - Jeder redet darüber, aber was genau sind diese Freihandelsabkommen eigentlich? Und warum sollte mich interessieren, was die EU mit den USA oder Kanada verhandeln?

Text: Mariana Friedrich



JUNI 2013

Die 28 EU-Regierungen erteilen der EU-Kommission das Mandat. 20 Arbeitsgruppen mit bis zu 190 Vertretern der EU-Kommission und des US-Handelsministeriums bereiten die Gespräche über den Vertragsinhalt vor.

FEB 2013

TTIP wird von US-Präsident Obama in seiner Rede zur Lage der Nation vorgestellt und die Verhandlungen angekündigt.

TTIP 2013-2017



Beginnen wir in der Zukunft: Samstag, 1. November 2026. Der Kaffee steht dampfend auf dem Tisch. Auf dem Teller liegt das blütenweiße, extradicke Toastbrot und wartet darauf, mit Erdnussbutter und Marmelade bestrichen zu werden. Früher habe ich mir meine Milch für den Kaffee an der Milchtankstelle beim Bauern um die Ecke geholt. Doch den gibt es schon lange nicht mehr. Ich greife zur XXL-Packung ultralang-haltbarer Milch, in der leider gähnende Leere herrscht. Also auf zum Supermarkt um die Ecke.

Auch hier hat sich einiges verändert. Statt hessischer Kartoffeln und Möhren gibt es heute im Gemüsebereich abgepackte und vorgeschnittene Riesenknollen made in USA - genmanipuliert, damit die Schale mitessbar, die Form besonders rund und die Mehligkeit immer gleich ist. Im Kühlregal liegt neben „Original Hessischem Handkäs“, der in Michigan in einer Fabrik hergestellt wurde, weil die Milch dort billiger ist, die Chlorhähnchenbrust in Scheiben. Ich habe die Wahl zwischen gefühlt 100 verschiedenen Wurstsorten. Weil mich die Angebotsfülle schlicht überfordert, greife ich zum Sonderangebot. Die

Bioabteilung streife ich nur kurz. Welches der Siegel wirklich noch etwas aussagt, wissen selbst die Hersteller nicht mehr, seit die europäischen Standards gekippt wurden. Drei Großkonzerne aus den USA und Kanada haben geklagt, die Vorgaben zur Tierhaltung und -Pflege für Landwirte stellten einen unnötigen Wettbewerbsnachteil für sie dar. Deutschland musste nachgeben.

Auf dem Heimweg winkt mir der Handwerker aus New York. Sein Arbeitgeber hat die Ausschreibung für die Sanierung des Rosenbades gewonnen. Seit Monaten schon herrscht Streit um die Baustelle, weil die Brandschutzvorgaben aus Deutschland für die US-Firma Neuland waren. Zum Schwimmen mussten die Fuldaer diesen Sommer in die Nachbarorte fahren. Aber das kann sich eh niemand mehr leisten, seit die meisten Kleinbetriebe in der Rhön das Handtuch werfen und ihre Mitarbeiter vor die Tür setzen mussten.



OKT 2016

Die 15. Verhandlungsrunde bringt ebenfalls in wesentlichen Unstimmigkeiten keinen Fortschritt. Frankreich droht immer wieder, die Gespräche ganz zu beenden, wenn die US-Vertreter sich nicht bewegen. Vizekanzler Sigmar Gabriel bezeichnet TTIP als „quasi gescheitert“. Die Proteste nicht nur gegen TTIP, sondern gegen Freihandelsabkommen generell werden europaweit lauter.

MITTE 2017

Nach der US-Wahl entscheidet sich, ob die Verhandlungen mit der neuen amerikanischen Regierung wieder aufgenommen werden. Auch in Deutschland stehen Wahlen an. Zu erwarten ist, dass das Thema erst danach wieder auf den Tisch kommt.

JULI 2013

Die erste Verhandlungsrunde findet statt. Die europäischen Gesprächsteilnehmer informieren den EU-Ministerrat und das Parlament regelmäßig über den Fortschritt.

JUNI 2015

Inzwischen ist man bei der zehnten Verhandlungsrunde angekommen und berät unter anderem öffentliche Dienstleistungen. Als Verhandlungsziel war Ende 2015 angedacht.



Soweit ein Szenario, wie es die Gegner der Freihandelsabkommen TTIP und Ceta an die Wand malen. Ihre Prognose: TTIP wird unsere Landwirtschaft zerstören, unsere Umwelt- und Tierschutzstandards aushöhlen, unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen die Existenzgrundlage nehmen und uns in eine graue Zukunft voller überzuckerter, genmanipulierter und ungesunder Lebensmittel führen. Die Angst davor treibt vor ein paar Wochen deutschlandweit tausende Freihandelsgegner auf die Straße. Um ein vorläufiges Inkrafttreten von Ceta zu verhindern, mobilisieren die Organisationen Foodwatch, Campact und Mehr Demokratie 125 000 Stimmen für eine Sammelklage vor dem Verfassungsgericht. Der entsprechende Eilantrag wird abgelehnt, der Weg zur Unterzeichnung scheint geebnet. Doch während fast alle Länderparlamente Europas ihre Zustimmung geben, stellt sich die belgische Region Wallonie quer und verhindert, dass Ceta auf dem für Ende Oktober geplanten EU-Kanada-Gipfel unterzeichnet werden kann. Ob nun nachverhandelt wird oder das Abkommen

ganz gescheitert ist, war bei Redaktionsschluss noch nicht ganz klar.

Als Chance und unerlässlichen Schritt hin zu Wirtschaftswachstum und Aufschwung werden TTIP und Ceta von den Befürwortern bezeichnet, der Anfang vom Ende unserer Werte sind die Abkommen für Verbände, Naturschutzorganisationen, kirchliche Einrichtungen. Was da genau diskutiert wird, kommt nur bruchstückhaft an die Öffentlichkeit. Geleakte Dokumente, Spekulationen und Einschätzungen gibt es zu Hauf. Welche Auswirkungen, was dort global diskutiert wird, wirklich auf unseren Alltag hat, kann nur vermutet werden. Und warum sollte es mich im beschaulichen Osthessen interessieren, was Europa mit Amerika oder Kanada aushandelt?

Das wollen Freihandelsabkommen

„Ganz allgemein brauchen wir Freihandelsabkommen, um Barrieren für den Handel abzubauen“, erklärt Tobias Knedlik (41), Professor für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt internationaler

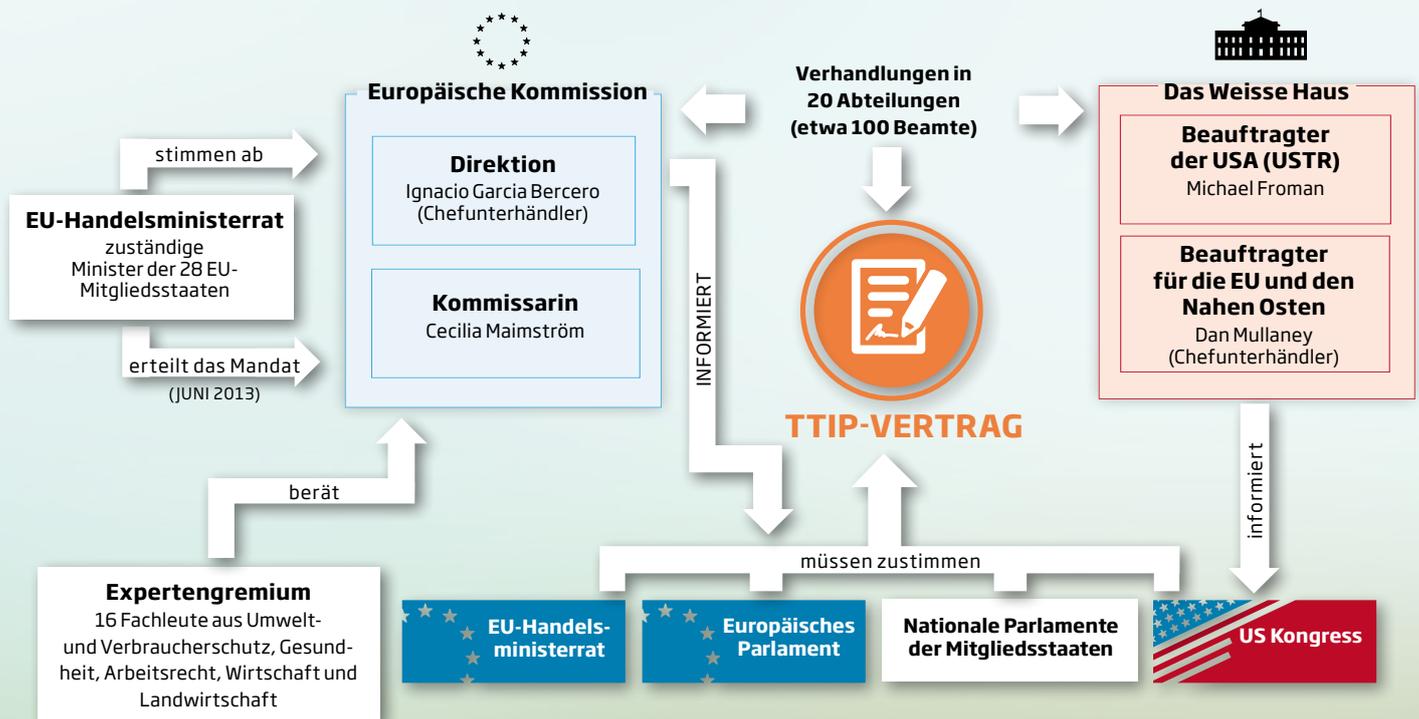


Prof. Tobias Knedlik lehrt an der Hochschule Fulda Volkswirtschaftslehre. Er ist überzeugt: Wir sollten uns die Chance auf freien Handel nicht verbauen.

Wirtschaft an der Hochschule Fulda.

„Die Idee ist, dass Güter dort produziert werden, wo sie am günstigsten sind, um sie im Rest der Welt verkaufen zu können. Und davon profitieren dann alle. Es macht wenig Sinn, in Deutschland Bananen anzubauen, auch wenn das prinzipiell möglich wäre. Dafür sind wir sehr gut in der Automobilproduktion“, erklärt er. Zölle und Standards, die in den jeweils importierenden Ländern existieren, beschränken aktuell diesen Handel. Mit

DAS TTIP-Geflecht als Diagramm: Alle Beteiligten im Überblick



Quelle: Spiegel



ihnen, so erklärt der Wirtschaftswissenschaftler, regulieren Staaten, wie viele Güter rein dürfen und wie viel von der eigenen Wirtschaft produziert wird. Möchte ein US-Landwirt beispielsweise Getreide nach Europa verkaufen, die europäischen Landwirte produzieren aber genügend für ihre Länder, können die Regierungen mit Importzöllen eingeführte Produkte künstlich teurer machen.

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, abgekürzt TTIP, soll nun dafür sorgen, dass diese Zölle zwischen Europa und den USA gänzlich verschwinden. Die Folge: Jedes Unternehmen, das zwischen den USA und Europa Handel betreiben möchte, kann dies tun, ohne dafür extra bezahlen zu müssen. Wir merken das am deutlichsten, wenn im Supermarkt künftig amerikanische neben deutschen Produkten stehen und nicht viel mehr Geld kosten. „Davon profitieren immer alle Konsumenten, die Verlierer sind einzelne Produzenten, die plötzlich in direkter Konkurrenz mit anderen Produzenten stehen“, so Knedlik.

Doch genau die angeblichen Profiteure sind es, die in den vergangenen Monaten auf die Barrikaden gegangen sind und einen reibungslosen und leisen Abschluss von Ceta und eine weitere Verhandlung von TTIP verhindert haben. Wissen die alle nicht, was gut für sie ist?

Kritikpunkte an TTIP

Der größte Kritikpunkt an TTIP ist die mangelnde Transparenz. Scheinbar im stillen Kämmerlein wird von einer ausgewählten Kommission verhandelt. Dem Ergebnis müssen anschließend die Länderparlamente zustimmen. Die Bürger selbst bekommen sowas oft erst mit, wenn die Umsetzung startet. Das ist auf der einen Seite auch nachvollziehbar. Wer will mitten in einer Verhandlung schon alle seine Karten auf den Tisch legen und damit seine Verhandlungsposition riskieren? Auf der anderen Seite erweckt es allerdings den Eindruck, dass über unsere Köpfe hinweg Entscheidungen zugunsten einiger weniger getroffen werden. Das Vertrauen in die Politik ist so schlecht wie lange nicht.

Nach ersten Protesten besonders aus den Reihen der Grünen im vergangenen Jahr erhielten zu Jahresbeginn Bundestagsabgeordnete in sogenannten Leseräumen Einblick in ausgewählte Verhandlungspapiere. Kritisiert wurde bereits damals, dass die Bundesregierung bei ihren Berichten im Bundestag brisante Eckpunkte der Verhandlungen wie Landwirtschaft und Umweltschutz ausspart. Doch das führt nicht dazu, dass sich die Aufregung um die seit 2013 geführten Verhandlungen legte. Im Gegenteil. Im Frühjahr wurden Verhandlungspapiere gelehrt und von Greenpeace online gestellt. Darin wird deutlich, wie groß die Unterschiede zwischen Deutschland und den USA sind.

Die problematischen Details in der Kurzfassung: Während in Deutschland ein Unternehmen, das ein neues Produkt auf den Markt bringen möchte, vor der Einführung nachweisen muss, dass dieses Produkt ungefährlich ist, gilt in den USA das sogenannte Nachsorgeprinzip. Hat beispielsweise ein Medikament dann doch unerwartete Nebenwirkungen oder sorgt ein Shampoo für Haarausfall statt voller Locken, kann der Verbraucher klagen. Die Geschichten von horrenden Entschädigungszahlungen sorgen hierzulande immer wieder für Stirnrunzeln.

Dazu kommt die Befürchtung, mit den Abkommen würden unsere Standards im Bereich Lebensmittelherstellung, Umweltschutz und Hygiene abgesenkt. Das Chlorhähnchen ist inzwischen zum geflügelten Wort geworden. Hühnerfleisch darf in den USA zur Desinfektion vor der Weiterverarbeitung mit einer Chlorklösung behandelt werden. Hier ist das nicht erlaubt. Dafür werden die Tiere hier mit Antibiotika gefüttert. Umgekehrt dürfen Lebensmittel in den USA keine Spielsachen oder andere unverdauliche Kleinteile enthalten, weshalb Ü-Eier verboten sind. Auch die Vorgaben für die Herstellung von Lebensmitteln, der Aufzucht von Tieren für die Lebensmittelproduktion, Hormone im Tierfutter, die Genmanipulation von Pflanzen und Hygienebestimmungen unterscheiden sich bei den Handelspartnern. Auch Prozesse zur Energiegewinnung wie das Fracking sind in den USA inzwischen breit akzeptiert, hier werden sie kritisch betrachtet.



Dr. Hubert Beier, Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes Fulda-Hünfeld, glaubt, dass sich die Milchpreise durch TTIP normalisieren könnten.

Konsequenzen sind kaum absehbar

So gibt es auf beiden Seiten Regelungen, die sich grundlegend unterscheiden. Kompromisse sind gefragt, und die bedeuten immer Abstriche. Dazu kommt, dass neue Gesetze laut der geleakten Papiere künftig frühzeitig zwischen den Verhandlungspartnern abgestimmt werden sollen. Kritiker befürchten, dass damit Lobbyisten direkten Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen und die demokratischen Entscheidungswege umgehen können. Jede Menge unklarer Punkte also. Aber was bedeutet das für uns?





Das spricht für TTIP

- » Ohne Handelsschranken und Zölle eröffnet sich auch für unsere Unternehmen ein breiter Markt. Dadurch erwarten Wirtschaftswissenschaftler neue Arbeitsplätze.
- » Überflüssige Doppelzertifizierungen und ähnliche Vorschriften werden abgeschafft.
- » Öffentliche Aufträge könnten künftig auch an amerikanische Unternehmen vergeben werden, europäische Firmen können künftig auch amerikanische Behördenaufträge übernehmen.
- » Auswahl an Waren und Angeboten steigt, die Preise könnten fallen.
- » Standards, die Vorbild für weitere Abkommen weltweit sind, könnten gesetzt werden und sich am europäischen Vorbild orientieren.

Das spricht gegen TTIP

- » Konkurrenzdruck steigt auch für regionale Produzenten und könnte gerade Lebensmittelproduzenten und Landwirte in den Ruin treiben.
- » Kritiker befürchten ein Absenken unserer europäischen Standards, um sich den amerikanischen Partnern zu nähern. Beispiele sind die Gentechnik, die Hormonbehandlung von Tierfutter, niedrigere Hygienevorschriften, Umweltschutz.
- » Die Möglichkeit für Investoren, über Schiedsgerichte Staaten zu verklagen, kann missbraucht werden und demokratische Instrumente aushöhlen.
- » Eine Annäherung zwischen dem Vorsorgeprinzip der Europäer und dem Nachsorgeprinzip der Amerikaner ist kaum zufriedenstellend machbar.
- » Entwicklungsländer wären erneut der Verlierer im Welthandel. Die Krisen in Entwicklungsgebieten könnten weiter verschärft werden.
- » Praktiken wie das Fracking könnten mit TTIP auch hier gesellschaftsfähig werden.

hier vor Ort könne kein Betrieb mehr leben.

Die Freihandelsabkommen könnten dazu führen, dass sich die Preise wieder stabilisieren, glaubt Beier.

Die Auswirkungen auf dein Leben

„Ich denke, es ist schwer oder fast gar nicht möglich zu sagen, ob diese Abkommen nun gut oder schlecht für uns sind“, sagt Dr. Hubert Beier. Der 62-jährige ist Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes Fulda-Hünfeld. Der Deutsche Bauernverband sah TTIP anfangs gelassen entgegen, bezeichnete es als Chance für regionale deutsche Produkte. Diese Auffassung teilt auch der Fuldaer, aber nicht uneingeschränkt. „Zum einen haben wir bereits heute eine starke Globalisierung der Märkte. Der Agrarhandel hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht und spielt bei uns hier in der Region natürlich auch eine große Rolle. Die Milchpreise beispielsweise waren zuletzt auf einem Rekordtief, sie ziehen erst langsam wieder an. Dazu kam es auch, weil das Exportgeschäft in den vergangenen zwei bis drei Jahren rückläufig war und ein Überschuss entstehen konnte“, sagt Beier. Allein bei den Fuldaer Milchbetrieben gingen bereits jetzt 30 bis 40 Prozent der Produktion in den Export. Vom Absatz

Und Stabilität sei es, was die Bauern auch in Fulda gerade dringend brauchten. In den vergangenen 30 Jahren hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe stark abgenommen. „1983 hatten wir hier in Deutschland noch 5600 landwirtschaftliche Betriebe. Jetzt sind es 2100 – die Hälfte ist also weggebrochen. Aber diese Entwicklung wird mit oder ohne TTIP so weitergehen.“

Eine große Konkurrenz durch amerikanische Landwirte, wie sie von manchen Kritikern prophezeit wird, fürchtet Beier nicht. Von der EU in die USA und Kanada würden vor allem bereits verarbeitete Produkte exportiert – Weine, Biere, Milchprodukte wie Käse, Schokolade oder Milchpulver und Wurstwaren. Wir dagegen importierten vor allem Rohstoffe wie Soja, Weizen, Fleisch. „Wenn Betriebe eine gewisse Größe erreicht haben, haben sie auf jeden Fall eine Chance, mit der amerikanischen Konkurrenz mitzuhalten oder sich gar durchzusetzen“, sagt Beier. Es würde zwar beispielsweise immer wieder angeführt, dass Amerika mit Blick auf Getreideproduktion viel größere Flächen



Thomas Gutberlet ist Geschäftsführer von Tegut. TTIP lehnt er als für den Lebensmittelbereich untragbar ab.



habe und damit billiger anbieten könne, aber „wir haben die besseren Produktionsbedingungen. Die Hektarerträge sind durchweg besser.“ Derzeit exportiere Europa weit mehr Agrarprodukte, als es importiere. Wenn TTIP das noch steigern, sei das durchaus positiv auch für die Fuldaer Bauern.

„Das Abkommen wird allerdings beeinflussen, welche Qualität die Produkte künftig haben“, mahnt er. Und hier ist der Knackpunkt, den nicht nur Beier, sondern Landwirte deutschlandweit kritisieren: „Es ist zwingend

„Wir haben die besseren Bedingungen“

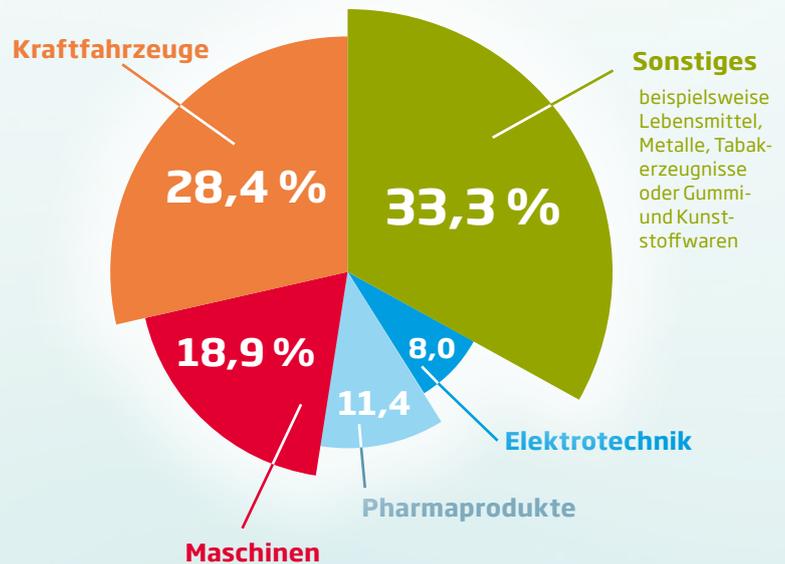
erforderlich, dass wir die EU-Standards festschreiben. Sie sind nicht verhandelbar und dürfen nicht ausgehöhlt werden oder gar ganz wegfallen.“ Dabei sprechen wir vor allem von drei Problemen: Gentechnisch veränderte Tiere oder Pflanzen; Hormonbehandlung bei Fleisch und Hormone im Futter; und die Frage nach den Hygienerichtlinien. Fallen hier die Grenzen, die sich Europa gegeben hat, wirkt sich das auch auf den Umwelt- und Tierschutz aus.

Auch die Regionalität als Marke könnte unter die Räder kommen. In der EU gibt es geschützte Herkunftsangaben für Lebensmittel, die 1992 eingeführt wurden, um Tradition und Regionalität zu pflegen. „Nehmen wir einen hessischen Wein oder eine Thüringer Bratwurst: Hier ist klar, dass der Name sagt, wo das Produkt hergestellt sein muss“, erklärt Beier. In Hessen sind das der Hessische Handkäs, die Frankfurter Grüne Soße und Hessischer Apfelwein. „In den USA kann ich einen Hessischen Handkäs aber rein rechtlich auch in Michigan herstellen und nach Hessen exportieren. Es wäre für die Amerikaner immer noch Hessischer Handkäs.“

Hier sei die Politik gefragt, bedacht zu verhandeln. „Wir haben lange und hart daran gearbeitet, diese hohen Standards für unsere Lebensmittel aufzubauen und dürfen sie jetzt nicht leichtfertig aufgeben. Allerdings spielt die Haltung des Agrarbereichs nur eine

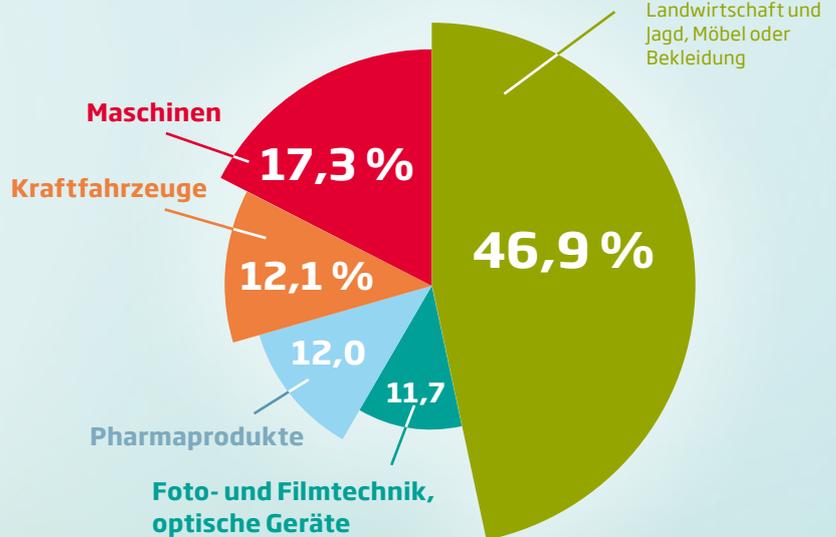
Die wichtigsten Ausfuhrtüter Deutschlands in die USA 2015

(Anteil am Gesamtwert)



Die wichtigsten Importtüter Deutschlands in die USA 2015

(Anteil am Gesamtwert)



Quelle: Statistisches Bundesamt



kleine Rolle. TTIP ist ein Gesamtpaket. Es darf auf keinen Fall passieren, dass unsere Standards sinken, um die Verhandlungsergebnisse für die Industrie zu verbessern. Das wäre kein gutes Geschäft“, warnt Hubert Beier.

Kein Tegut-Markt in New York

Ablehnend steht Thomas Gutberlet, Geschäftsführer bei Tegut, TTIP gegenüber: „Ich lehne das Abkommen als für die Lebensmittelbranche nicht zielführend ab.“ Er wolle gar nicht absprechen, dass ein regionaler Apfelweinhersteller die Chance nutzen könne, in New York eine Kneipe aufzumachen. „Aber ob es das wert ist, dafür unsere Standards aufzugeben, ist die Frage.“ Tegut jedenfalls werde, so sagt er heute, die Regale nicht plötzlich mit günstigeren amerikanischen Produkten füllen. Damit schließt er sich Forderungen beispielsweise der Lebensmittelkette Spar aus Österreich an, den Bereich Lebensmittel komplett aus TTIP und Ceta auszuklammern. Darauf zu ver-

„TTIP ist gut für die Autoindustrie – nicht für Lebensmittel“

trauen, dass die Nachfrage die Qualität sichere, hält er für illusorisch. „Unsere Kunden legen schon großen Wert darauf, regional und gut zu kaufen“, ist sich der Tegut-Chef sicher. „Aber die Schwierigkeit wird sein, das immer zu erkennen, je mehr Produkte auf den Markt kommen.“ Außerdem gerate der Preis der hochwertigen Waren durch die billige Konkurrenz zunehmend unter Druck.

„Ich sehe es sehr kritisch, wenn Hersteller sich an den jeweils schlechteren Standards orientieren können, danach entscheiden, wo sie ihre Werke öffnen

und die Produkte anschließend einfach importieren“, erklärt Gutberlet. Damit spricht er eine weitere Befürchtung der TTIP-Gegner an. Statt einheitliche Standards zu definieren, an die sich dann alle Vertragspartner halten, überlegen die Verhandlungsführer, im Rahmen von TTIP gegenseitig die Standards der Länder anzuerkennen. „Das heißt, dass ich ein Produkt, das in Amerika bereits auf dem Markt ist, auch in Europa verkaufen kann, ohne es anzupassen“, erklärt Professor Tobias Knedlik. „Für deutsche Auto-Expoteure ist das relevant, wenn sie beispielsweise andere Abgasvorschriften in den USA einhalten müssen, andere Crashtests bestehen müssen. Für kleine und mittelständische Unternehmen blieb der US-Markt bisher oft verschlossen, weil diese Regularien für sie sehr schwer und nur sehr teuer erfüllbar waren. TTIP erleichtert ihnen den Marktzugang.“

Jumo sieht in TTIP eine große Chance

Es sei ein grundlegender Irrtum zu glauben, die „übermächtigen“ USA würden TTIP dazu nutzen, um Europa zu „überrollen“, argumentiert Jumo-Geschäftsführer Michael Juchheim. „Europa ist wirtschaftlich mindestens genauso stark wie die USA, das Bruttoinlandsprodukt ist sogar höher.“ Die Ängste derzeit würden vor allem durch einen, wie er es nennt, „Krieg der Studien“ geschürt: „Gegner sprechen vom drohenden Verlust von 600 000 Arbeitsplätzen in Europa, Befürworter gehen von mindestens 100 000 neuen Arbeitsplätzen allein in Deutschland aus“, erklärt Juchheim. „Halten wir uns doch einfach an die Fakten: Arbeits- und Sozialstandards der Mitgliedsstaaten sind genauso wenig Gegenstand der Verhandlungen wie Umwelt- und Hygienevorgaben. Mitbestimmung, das Betriebsverfassungsrecht und die Tarifautonomie bleiben also unangetastet.“ Unternehmen müssten auch mit TTIP die in Deutschland geltenden Vorschriften beachten, ist er überzeugt. Vorschriften zum Arbeitsschutz würden nicht gelockert. Beide Verhandlungspartner behielten ihre Unabhängigkeit.



Michael Juchheim ist Geschäftsführer bei der Jumo GmbH und setzt große Hoffnungen in TTIP.

Große Hoffnungen setze Jumo in die Beseitigung von Handelshemmnissen durch die Angleichung von Standards. Juchheim erklärt: „Wollen wir heute einen Temperatursensor für die Nahrungsmittelindustrie in Europa und den USA vertreiben, so müssen wir das gleiche Produkt für jeden Markt extra testen und zertifizieren lassen.“ Diese sogenannte Doppelzertifizierung koste sehr viel Zeit und Geld. Der Abbau von Zöllen Sorge dafür, dass Produkte nicht weiter künstlich verteuert würden. Das nütze anders als in vielen negativen Prognosen nämlich nicht nur amerikanischen Unternehmen.

Jumo mischt seit Jahren auf dem internationalen Markt mit, mehr als die Hälfte des Umsatzes erwirtschaftete man heute im Ausland. Deshalb bestünde für die Mitarbeiter und Kunden auch kein Grund zur Sorge, dass Jumo, um konkurrenzfähig zu bleiben, an den Stellschrauben Arbeitsplätze und Qualität drehe. „Wir sehen uns als High-Tech-Anbieter und verkaufen Produkte primär über Punkte wie Innovation, Qualität und Service. Wir haben niemals die Produktqualität gesenkt, um neue Märkte zu erschließen, und werden das auch zukünftig nicht tun.“

Doch auch Juchheim ist es wichtig, den Blick auf die Details zu wahren. Denn nicht nur im Lebensmittelbereich gebe es Standards, die in beiden Wirtschaftszonen unterschiedlich sind: „Ein vergleichbares Schutzniveau ist die Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungs- und Zulassungsverfahren



TTIP ist nicht das erste Freihandelsabkommen

TTIP und Ceta sind nicht die einzigen Verträge und Handelsabkommen, die weltweit geschlossen wurden und werden. Um den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu vereinfachen, wurde 1958 die WTO gegründet. Das schon damals gesteckte Ziel: freier Handel weltweit. Seitdem wurden von Deutschland 274 Abkommen (Stand 2015) vereinbart, allein 12 im Jahr 2014. Europa selbst ist eine riesige Freihandelszone, die uns eine einheitliche Währung, Freizügigkeit und einen wachsenden Arbeitsmarkt brachte. Und auch als diese sich

zusammenschloss, machte das vielen Angst. Der Untergang unserer Werte wurde vorausgesagt. Das Multilaterale Investitionsabkommen MAI, das in den Neunziger Jahren verhandelt wurde, scheiterte an den Protesten globalisierungskritischer Gruppen.

Die bisher größte Freihandelszone besteht derzeit zwischen China und den Asean, den führenden Ländern des südostasiatischen Staatenbundes. Mit Europa sind 30 Abkommen in Kraft. Ceta, das Abkommen mit Kanada, galt als ausverhandelt und sollte ursprünglich am 27. Oktober unterzeichnet werden.

Sich vorzustellen, dass in TTIP 826 Millionen Menschen zusammengeslossen werden, klingt ganz schön überwältigend. Und nicht nur wir Europäer verhandeln einen solchen Handels gigant. Der Gegenpol zu den amerikanischen Abkommen ist die sogenannte Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), um die sich die Asean-Staaten derzeit in Verhandlungen mit unter anderem China, Indien, Japan, Australien, Südkorea und Neuseeland bemühen und deren 15. Verhandlungsrunde im Oktober stattfand. Wenn RCEP in Kraft tritt, existiert erstmalig ein Abkommen, das drei Milliarden Menschen und damit über 40 Prozent der Weltbevölkerung umfasst.

ren.“ Die EU und die USA müssten, betont er, bei der Regulierungstätigkeit die Grundsätze der guten Regulierungspraxis anwenden: „Transparenz, Rechenschaft und Partizipation müssen im gesamten Prozess gewährleistet sein.“

Andere Vertreter des Fuldaer Mittelstandes müssen sich keine Sorgen machen. Die Edag Engineering beispielsweise ist von TTIP nicht betroffen, weil sie als Dienstleister für Fahrzeughersteller und Produktionsanlagen keine Waren vertriebt, die mit Zöllen belegt sein könnten. „Unsere Entwicklungstätigkeiten zum Beispiel in den USA erbringen wir zudem über unsere amerikanische Tochtergesellschaft“, erklärt Sprecher Christoph Horvath. Einen Einfluss der Freihandelsabkommen in Form von Konkurrenzdruck erwarte man daher nicht.

Für den handwerklichen Bereich könne sich dagegen ein neuer Markt eröffnen, wie Martin Räth von der IHK erklärt. „In den USA gibt es viele Selfmadehandwerker. In Deutschland dagegen haben wir den Meisterstatus für handwerkliche Berufe. Unsere Absolventen sind dort sehr gefragt.“ Auch der Bereich Umwelttechnik könne stark profitieren. Dass amerikanische Dienstleister deutsche Handwerker bald bei Ausschreibungen ausstechen, hält der Räth für unwahrscheinlich, außer diese Firmen suchen sich deutsche Partner. „Das Material quer über den Globus zu schicken, wäre schlicht zu teuer.“





Ein gallisches Dorf mitten in Belgien verhindert Ceta

Da sage noch einer, die Stimme einzelner könne nichts bewirken: Das Freihandelsabkommen Ceta (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada galt als so gut wie unterschrieben. Erst sollte es ganz ohne Zustimmung der Länder durchgewunken werden, doch auch als das auf Grund der öffentlichen Proteste nicht mehr möglich war, waren sich die europäischen Politiker, allen voran Deutschlands Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sicher, dass alle europäischen Staaten mit Freude unterzeichnen würden. Alle? Nein. Wie in den Asterix-Comics lehnte sich in Belgien die Region Wallonie auf und verweigerte der belgischen Regierung ihre Zustimmung. Ohne das Ja der Wallonen sind aber auch der belgischen Regierung die Hände gebunden. Und ohne das Ja der Belgier kann Europa Ceta nicht unterschreiben. Die kanadischen Verhandlungspartner saßen schon fast im Flugzeug zum EU-Kanada-Gipfel, der am 27. Oktober stattfinden und im Rahmen dessen das Abkommen besiegelt werden sollte. Ob Ceta nun ganz vom Tisch ist oder die Kanadier einen zweiten Anlauf mit Europa versuchen, wird sich zeigen.

Die Schiedsgerichte

„Was ich in Deutschland sehr schade finde: Wir haben so Reflexe, wenn wir auf Neuerungen reagieren“, sagt Professor Tobias Knedlik. Als Wirtschaftswissenschaftler und Lehrender der Hochschule Fulda sieht er die Diskussion darüber derzeit besonders kritisch: „Erstmal muss alles schlecht sein. Gerade diejenigen, die sich so aktiv gegen bestimmte Themen auflehnen, sind oft erschreckend uninformiert.“ Auffällig sei das beim Thema Schiedsgerichte.



Christoph Horvath ist Sprecher der Edag in Fulda und sieht in TTIP keine Gefahren für das Unternehmen.

„Kritiker sind oft erstaunlich uninformiert“

.....

Dabei geht es um Gerichte, die von der Justiz im Land unabhängig sind und aktiv werden, wenn ein ausländisches Unternehmen sich durch neue Gesetze eines Landes benachteiligt fühlt. Düstere Prognosen sehen bereits jetzt ein Deutschland vor sich, das Milliarden an US-Firmen zahlen muss. Tobias Knedlik erklärt: „Stellen Sie sich vor, VW baut in den USA eine Produktionsanlage für Dieselmotoren, und jetzt bemerkt die amerikanische Regierung, dass die Konsumenten diese Motoren bevorzugen und weniger Benzin kaufen.“ Um die Wirtschaft in ihrem Land zu stärken, könne die US-Regierung beispielsweise verkünden, zum Schutze der Menschen und der Umwelt sei es besser, keine Dieselmotoren zuzulassen. „Da kann man sich fragen, ob die Regierung das beschlossen hat, um den nicht gern gesehenen Konkurrenten VW aus dem Land zu bekommen, oder ob es wirklich neue Erkenntnisse gibt.“ Solche Fälle sollen dann künftig vor einem Schiedsgericht geklärt werden können.

„Jetzt geht es um die USA und Kanada, beides Länder, die uns vom Rechtssystem her nicht ganz so fremd sind und wo wir auch denken, dass es eine funktionierende Justiz gibt“, sagt Knedlik. Aber man schließe solche Abkommen auch mit Ländern, wo man sich da nicht so sicher sei. „Halten wir uns auch hier wieder an die Fakten“, sagt Jumo-Chef Michael Juchheim: „Deutschland hat zurzeit bereits 131 solche Verträge mit verschiedenen Ländern geschlossen.“ Auch hier entscheiden oftmals Schiedsgerichte in Streitfällen. „Nur hat das anscheinend bis jetzt niemanden gestört“, wundert er sich. Weltweit sind bis Ende 2014 (neuere Zahlen gibt es leider nicht) 629 Fälle vor Schiedsgerichten verhandelt worden. Was für viele TTIP-Gegner überraschend sein dürfte: Die meisten Klagen kamen nicht aus den USA (22 Prozent), sondern aus Europa (über 50 Prozent). Nur in knapp einem Viertel aller Fälle seien die klagenden Investoren Sieger dieser Prozesse gewesen. TTIP biete nun die Chance, dieses Instrument grundlegend an die Bedürfnisse zweier wirtschaftlicher Supermächte anzupassen, und dabei müsse Europa nicht automatisch den Kürzeren ziehen, ist sich Juchheim sicher.



Was passiert, wenn TTIP und Ceta nicht kommen?

Die TTIP-Verhandlungen sind Ende des Sommers aufgrund der Proteste ins Stocken geraten. Die als sicher geltende Unterzeichnung von Ceta wurde in letzter Minute verhindert. Aber wie sehen die Konsequenzen aus?

„Unser Wohlstand gründet darauf, dass wir unsere Waren mit anderen austauschen können. Zur Zeit sieht es in Deutschland eigentlich ganz gut aus. Wenn es nicht gerade um Flüchtlinge geht, sind die Menschen ganz zufrieden. Aber in Europa haben wir ein sehr niedriges Produktivitätswachstum, die Wirtschaft ist deutlich weniger innovativ als noch vor wenigen Jahren“, erläutert Tobias Knedlik. Potenzialwachstum heißt das in der Wissenschaft, und das sei momentan ungewöhnlich langsam. Ein Außenhandelsabkommen könne einen Schub bewirken. „Das ist kein Luxusding für große Konzerne, sondern eine Chance für alle. Das sollte man sich nicht leichtfertig entgehen lassen.“

Und dass die USA nicht nur Abkommen mit der EU anstreben, dürfte auf der Hand liegen. Ziel ist es seit Gründung der Welthandelsorganisation WTO, sich stückwei-

se an freien Handel weltweit heranzuarbeiten. Derzeit wird auch auf der anderen Seite der Welt verhandelt. Die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) umfasst über drei Milliarden Menschen und damit über 40 Prozent der Weltbevölkerung. „Wenn wir TTIP nicht verabschieden, werden die Standards zwischen beispielsweise den USA und China gesetzt“, ist Knedlik sicher. Gerade mit Blick auf Umwelt, Nachhaltigkeit und Gentechnik sei es nicht von Vorteil, wenn Europa hier nicht mitreden könnte und würde. „TTIP ist also eine große Chance, diese Standards international zu setzen.“

Und nun?

Unser fiktives Zukunftsszenario wird so in naher Zukunft nicht eintreten. „Die Kritiker haben erreicht, dass TTIP jetzt nicht zustande kommt“, sagt Tobias Knedlik. Auch Ceta wurde vorerst gestoppt. Vehement stellte sich die belgische Region Wallonien wie ein gallisches Dorf gegen den Abschluss und zeigte deutlich, dass auch wenige in Europa viel bewirken können. Ob wir uns gerade eine Chance ver-

bauen und wie die Briten erst nach dem Brexit-Referendum die Konsequenzen erst später realisieren, oder ob die Kritik dazu führt, dass die Verhandlungspartner Ceta und TTIP erneut prüfen und bessere, zukunftsträchtige Abkommen entwickeln, kann nur die Kristallkugel sagen. Dass die Diskussion um die Freihandelsabkommen so hochgekocht ist, zeigt deutlich: Demokratie funktioniert. Der US-Botschafter in Deutschland, John B. Emerson, sagte im Oktober, dass Präsident Obama bis zum Ende seiner Amtszeit am 20. Januar an TTIP weiterverhandeln werde. „Die öffentliche Diskussion um TTIP hätte man von Anfang an besser handhaben können. Von Anfang an hätte es mehr Transparenz gebraucht. So entstand ein Vakuum, in dem Fehlinformationen als Fakten akzeptiert wurden.“ Jetzt ist die Chance, von vorn zu beginnen und es besser zu machen.

